Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 52 (1973)
Heft: 11

Artikel: Die Sozialdemokratie stellt sich der Diskussion
Autor: Lienhard, Richard
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-338725

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Profil

Dr. Richard Lienhard

Die Sozialdemokratie stellt sich der Diskussion

> «Viele Politiker begreifen nicht, dass eine auf Wandlung und Weiterentwicklung angelegte Gesellschaft Kritiker braucht, die, ohne Rücksicht auf die gegebenen Verhältnisse, alle Möglichkeiten der politischen Entwicklung und Entscheidung zu Ende denken, und viele Intellektuelle verstehen nicht, dass ihre radikalen Überlegungen nur Impulse, nicht aber hier und jetzt anzuwendende Rezepte für die praktische Politik sein können.»
>
> Gerhard *Szczesny* in «Das sogenannte Gute»

Welche Funktion kommt der Linken innerhalb der Sozialdemokratie zu? Diese Frage hat, wie sich die Leser erinnern, in unserem Blatt wiederholt zu einer lebhaften Kontroverse geführt. Anstoss dazu gab der von Otto *Lezzi* verfasste Beitrag «Die Sozialdemokraten und die Linke» («Profil» 2/1973). Den Vorwurf der Resignation hat Otto Lezzi geschickt pariert. Mit seinem letzten Beitrag «Einen demokratischen Sozialismus oder keinen» («Profil» 10/1973) gibt er deutlich zu verstehen, dass er keineswegs gewillt ist, das Feld der Auseinandersetzung um die Sozialdemokratie in unserer Zeit zu räumen. Diese Haltung verdient Anerkennung, auch wenn man mit ihm nicht in allen Punkten einigzugehen vermag.

Sozialdemokratie und Marxismus

Eine politische Kraft, wie sie die Sozialdemokratie darstellt, darf es sich nicht leisten, bei der Konfrontation mit ihrer Vergangenheit grundlegende Tatsachen ihrer hundertjährigen Geschichte zu verdrängen. Jede echte Diskussion muss bei der Ächtung von Tabus beginnen und soll ohne Rücksicht auf moderne Hexenjagden geführt werden.

Otto Lezzi stellt zwar richtig fest, dass in der Schweiz der Marxismus nicht in gleicher Weise wirksam war wie etwa in Deutschland. Doch darf man den Einfluss des Marxismus auf die schweizerischen Sozialdemokraten der ersten Stunde nicht unterschätzen. Auf die Lehre von Karl Marx ist es zurückzuführen, dass sich auch die Sozialdemokratie der Schweiz zunächst mit der Arbeiterklasse identifiziert hat; denn es war Karl Marx, der immer wieder darauf hinwies, dass es die historische Aufgabe der

Arbeiterschaft sei, die sozialistische Gesellschaft aufzubauen. So verstand sich denn auch die Sozialdemokratische Partei der Schweiz vorerst als Klassenpartei. Wenn man von England absieht, betrachteten sich die europäischen Sozialdemokraten vorwiegend als Marxisten. Dabei soll nicht bestritten werden, dass auch in der Schweiz nichtmarxistische Einflüsse auf die Sozialdemokratie einwirkten. Nur möchte ich bezweifeln, ob der von Otto Lezzi erwähnte religiös-soziale Einfluss merklich ins Gewicht fiel. Die wichtigsten Einflussfaktoren nichtmarxistischen Charakters waren in England beheimatet. Ich denke da vor allem an die Gewerkschaftsbewegung und an die Entwicklung des Genossenschaftsgedankens (Robert Owen). Was Otto Lezzi zu unterschätzen scheint: die Vereinigung der verschiedenen Richtungen zu einer einigermassen geschlossenen Bewegung wäre nicht möglich gewesen ohne den grossen Einfluss der Lehre von Karl Marx.

Wer sodann mit der Geschichte der Sozialdemokratie weniger vertraut ist, könnte aus der Lektüre von Otto Lezzis Beitrag allzu leicht den Schluss ziehen, der Einfluss des Marxismus auf die Sozialdemokratie sei im wesentlichen nur negativer Natur gewesen. Ich bin nicht Marxist; aber bei diesem geschichtlichen Rückblick scheint mir der bedeutsame und auch positive Einfluss des Marxismus auf die Entwicklung der Sozialdemokratie unübersehbar. Vor allem wird man dem Marxismus das Verdienst nicht absprechen können, der Arbeiterklasse zum Bewusstsein gebracht zu haben, dass ihre Befreiung nur ihr eigenes Werk sein könne. Auch war es der Marxismus, welcher der Sozialdemokratie ein Wirtschaftsprogramm gegeben und ihr damit bis zur Zeit des Ersten Weltkrieges einen unschätzbaren Dienst geleistet hat. Hinter diesem Wirtschaftsprogramm steckte die Idee, dass die organisierte menschliche Gesellschaft ihr Wirtschaftsschicksal bewusst gestalten sollte. Dieser Idee muss sich die Sozialdemokratie weiterhin verpflichtet fühlen, auch wenn sie den Marxismus nicht mehr als Grundlage ihres Programms anerkennen kann. Man denke nur an die zunehmende Inflation, die eine neue Klassenkampfsituation schaffen könnte. Aber auch der Ruf nach Schutz der Umwelt, die Problematik physischer und biologischer Grenzen des Wachstums und nicht zuletzt auch die Probleme der Stadterneuerung bestätigen nur die Richtigkeit des alten sozialistischen Arguments: dass privatwirtschaftliche Produktion schwere soziale Kosten verursachen kann, die in der Rechnung des einzelnen Unternehmers nicht erscheinen, und dass darum eine gesellschaftliche Kontrolle der Investitionsentscheidungen notwendig ist.

Die «neue Linke» und der Marxismus

Otto Lezzi scheint in seinen Diskussionsbeiträgen davon auszugehen, dass die Vertreter der «neuen Linken» und ein Teil der von ihnen beeinflussten Jungsozialisten ausgekochte Marxisten seien. Diese Auffassung

vermag ich nicht zu teilen. In der Auseinandersetzung mit Vertretern dieser Linken stellt man zwar bald fest, was sie *nicht* wollen. Schwer auszumachen ist indessen, welches ihr Gesellschaftsbild ist. Was soll nach ihrer Auffassung an die Stelle des Bestehenden treten? Bis heute ist diese Linke nicht über die Kritik an der gegenwärtigen Gesellschaft hinausgekommen. Man gewinnt den Eindruck, dass den Vertretern der «neuen Linken» ein Gesellschaftssystem vorschwebt, das noch nirgends existiert. Einige ihrer Vertreter mögen sich als Marxisten halten. Im ganzen gesehen ist aber die Politik der «neuen Linken» eher unmarxistisch. Charakteristisch für diese Politik ist, dass sie sich einem *utopischen* Sozialismus verschrieben hat. Diese Tendenz steht im scharfen Gegensatz zum wissenschaftlichen Sozialismus des Marxismus, der im Glauben an die geschichtlichen Gesetzmässigkeiten (Determinismus) nach wie vor jede Art von Utopismus ablehnt. Die Opposition der «neuen Linken» gegen die Technokraten – welchen der Vorwurf gemacht wird, dass sie menschliche Werte dem technischen Fortschritt unterordneten – ist alles andere als marxistisch: die Marxisten haben den technischen Fortschritt von jeher ohne Einschränkung als die beste Garantie einer gedeihlichen Zukunft angesehen. Auch die antiautoritären Tendenzen der «neuen Linken» sprechen gegen ein marxistisches Gesellschaftsbild. Es ist mehr als fraglich, ob die «neue Linke» etwa für ein realistisches planwirtschaftliches Programm zu gewinnen wäre; denn bei aller demokratischen Kontrolle bedeutet jede Wirtschaftsplanung ein Mehr an zentralen Entscheidungen. Bezeichnend ist denn auch, dass sich die «neue Linke», im Gegensatz zu den Marxisten, nie für eine nationale Planwirtschaft eingesetzt hat.

Man kann auch etwas konkreter werden und Vorschläge der «neuen Linken» auf dem Boden der Kommunalpolitik überprüfen. Da ist zum Beispiel das Postulat betreffend den Nulltarif für die städtischen Verkehrsmittel. Ein solches Gratisangebot, welches einen Teil der Bevölkerung zu unnützen Fahrten animiert, die Verkehrsfrequenz somit noch steigert und zudem die Wirtschaftlichkeit eines kommunalen Betriebes in Frage stellt, ist sicherlich kein marxistisches Prinzip.

Charakteristisch für den Marxismus ist ein geschlossenes System mit dem Ausblick auf eine politische Endlösung der gesellschaftlichen Probleme. Davon ist bei der «neuen Linken» wenig zu spüren.

Ferienglück bei den Jungsozialisten

In Wien lebt ein Mann, der zwar Mitglied der SPÖ ist, aber als Marxist und Vertreter der sozialistischen Linken in seiner Partei als «enfant terrible» erster Güte gilt. Ich meine Dr. Günther *Nenning,* Chefredaktor der sozialistischen Zeitschrift «Neues Forum». Nachdem er sich während Jahren als geschickter Anwalt neulinker und jungsozialistischer Anliegen betätigt hatte, konnte er es sich als Nonkonformist leisten, kürzlich unter dem Titel «Ferienglück» der Linken innerhalb der SPÖ eine Standpauke

zu halten, wie sie kaum besser formuliert werden kann[1]. Es lohnt sich, seine Argumente hier stichwortartig wiederzugeben.

Nenning wirft der Linken vor, dass sie mit der Sozialdemokratie nicht fertig werde; denn ihre Kritik an der SPÖ-Regierung beschränke sich auf das Moralisieren. Moralische Entrüstung liefere aber keinen geeigneten Massstab für die Theorie und die darauffolgende Praxis. Die junge Linke mache es sich zu leicht:

> *«Im Gras liegen, Löcher in den Himmel schauen nach dem Motto: Wenn ich der Kreisky wär', u n d die Kapitalisten mich tun liessen, was ich will, Herrgott nocheinmal, was ich da alles tät'!! – das ist Ferienglück, nicht Marxismus.»*

Trotz parlamentarischer Mehrheit wäre nach Nenning ein Frontalangriff der SPÖ gegen die Wirtschaftsmacht in Österreich eine Illusion, zumal Verfassungsänderungen zwei Drittel der Stimmen im Parlament bedingen. Auch hätte es die Wirtschaft in der Hand, etwa durch Kapitalflucht sowie mit Hilfe der Massenmedien der SPÖ-Regierung tödliche Schwierigkeiten zu bereiten. Über solch nackte Tatsachen politischer Kräfteverhältnisse setze sich die junge Linke souverän hinweg und verteufle jeden Kompromiss mit bürgerlichen Kräften. Dadurch werde jede brauchbare sozialistische Strategie bekämpft. Die linke Kritik sei nichts anderes als ein ewiges Raunzen über die Sozialdemokratie und unterscheide sich wenig vom Geraunze der Heurigenkultur. Von der durch die Linke mythologisierten Basis sei nichts zu erwarten: sie schlafe. Statt papierene Schlachten zu schlagen, mit welchen nicht mehr ganz junge Linke ihren Ödipuskomplex gegenüber der Sozialdemokratie abreagierten, sollte das Feld der politökonomischen Realität erobert werden. Nenning schliesst seine Standpauke mit den eindrücklichen und zutreffenden Worten:

> *«Aber die Kritik der (Pseudo-)Linken an der Sozialdemokratie ist so systemtranszendent, dass sie nicht nur jenseits des bestehenden Systems situiert ist, sondern jenseits der bestehenden Wirklichkeit. Man ist so radikal, dass man zusammen mit dem System gleich auch die Wirklichkeit negiert, in die man sich begeben müsste, um dieses System zu bekämpfen und zu beseitigen.»*

Dieses von Nenning gezeichnete Bild trifft – mit Verlaub gesagt – auf die Mehrzahl unserer Jungsozialisten zu. Ich darf wohl für mich beanspruchen, frei zu sein von Vorurteilen gegenüber dem Anliegen unserer jungen Linken. Wiederholt habe ich in unserer Schrift dargelegt, dass es nicht angehe, einerseits theoretisch die politisierende Jugend anzuerkennen («ich habe nichts gegen die Jungen»), in der Praxis aber diese Jugend

[1] «Neues Forum», Heft 235/236, Seite 5.

von A bis Z zu verteufeln. Wo sich Jungsozialisten dank ihrer Impulse um die Entwicklung der Sozialdemokratie verdient gemacht haben, wurde dies in unserem Blatt anerkannt. Das ändert nichts daran, dass die von der «jungen Linken» betriebene Politik von einer überwiegenden Mehrheit der SP-Mitglieder oft genug als Herausforderung betrachtet wird. Vor allem fällt seit einiger Zeit auf, dass einige Wortführer der «jungen Linken» in zunehmendem Masse ihre Aktivität vorwiegend auf die Opposition gegen die SP-Vertretung in Exekutive und Legislative konzentrieren. Günther Nenning hat versucht, diese Erscheinung psychologisch zu erklären: mit seinem Hinweis auf einen Ödipuskomplex. An anderer Stelle spricht der Chefredaktor des «Neuen Forums» von einer Übertragungsneurose: Weil den Wortführern der «jungen Linken» gegenüber dem kapitalistischen Gegner keine Strategie und keine Praxis einfallen, entwickelt sich bei ihnen eine Art Defätismus. So übertragen sie ihre Aggressionen auf die Sozialdemokratie. Auf diese Weise landen nicht wenige Vertreter der «jungen Linken» zusehends im Sumpf antisozialdemokratischer Emotionen. Diese unerfreuliche Tatsache hängt aber auch damit zusammen, dass es der «jungen Linken» nicht gelungen ist, breitere Volksschichten – etwa die Gewerkschaften – zu beeinflussen und zu mobilisieren. Die offensichtliche Enttäuschung darüber schlägt sich dann in Stimmungsmache gegen die Sozialdemokratie nieder: eine Haltung, die durch und durch unmarxistisch ist; denn wird nicht das Bewusstsein der durch die Sozialdemokratie repräsentierten Wählerschichten durch die gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmt? Auch ist die Politik der «neuen Linken» insofern nicht überzeugend, als sich ihre politische Tätigkeit fast ausschliesslich auf den Reproduktionsbereich, auf Probleme der Wohnungspolitik und auf die Freizeitgestaltung beschränkt. Das Kernstück sozialistischer Gesellschaftspolitik liegt aber in der demokratischen Wirtschaftsplanung. In dem Produktionsbereich, in der Arbeitswelt sollte das Aktionsfeld der Linken liegen. Von der Initiative in dieser Richtung glauben sich die Jungsozialisten dispensieren zu können. Das ist Ferienglück statt Sozialismus.

Für eine Arbeitsteilung in der Sozialdemokratie

Es wäre an der Zeit, dass die in verqualmten Büros oder Kellern diskutierenden Vertreter der «jungen Linken» sich Gedanken machten über einfache Tatsachen, die jeder sozialdemokratischen Strategie zugrunde liegen. Wie Otto Lezzi richtig bemerkt, werden in einer Demokratie nicht Ideen gewogen, sondern Stimmen gezählt. Das heisst nichts anderes, als dass jede politische Partei auf eine maximale Zustimmung seitens der Stimmberechtigten angewiesen ist. Übernehmen nun die Sozialdemokraten, wie dies in der Schweiz der Fall ist, an der Regierungsverantwortung teil, so sind sie nicht nur *im* Staat, sondern auch *für* den Staat tätig. Die Vertreter der Sozialdemokratie in der Exekutive kommen dann nicht

darum herum, sich auf den Wählerauftrag zu besinnen. Ihre Wähler rekrutieren sich aber – da es sich ja um Majorzwahlen handelt – nicht nur aus Sozialdemokraten, sondern auch aus linksbürgerlichen Schichten. Bei einem grösseren Teil dieser Wähler dürfte die Bereitschaft fehlen, weitgespannten sozialistischen Zukunftsvorstellungen progressiver Parteigremien zu folgen. So ist es den SP-Vertretern in der Exekutive einfach nicht möglich, bestehende Verhältnisse radikal in Frage zu stellen oder etwa mit neuen gesellschaftlichen Modellen zu hausieren. Man kann nicht als Behördemitglied einerseits an der Verwaltung des Staates teilnehmen, um sich anderseits ständig in eine Aussenseiterposition zu begeben. Das heisst aber nicht, dass die sozialdemokratischen Vertreter in der Exekutive lediglich ihre Ämter verwalten müssten. Auf allen Gebieten der Gesellschafts- und Sozialpolitik sind Reformen zu verwirklichen, und immer wieder muss die Gesetzgebung dem derzeitigen Stand des gesellschaftlichen Bewusstseins angepasst werden. Bei diesem Nachvollzugsverfahren so aktiv wie möglich zu sein und so das Durchsetzbare gegen den Widerstand der Konservativen durchsetzen zu helfen, das ist die Aufgabe sozialdemokratischer Vertreter in der Exekutive. Aber es kann von einem Sozialdemokraten in einer Koalitionsregierung nicht verlangt werden, dass er über den Schatten des gegenwärtigen gesellschaftlichen Bewusstseins springt.

Gewiss hängt die Wirkung einer politischen Bewegung nicht nur von der Anzahl ihrer Wähler und Mandate ab, sondern ebenso von ihren Ideen und Konzeptionen. Hier ist nun das Feld, wo Minderheiten und progressive Gruppen wirken können. An ihnen ist es, die Schwächen der bestehenden Gesellschaft aufzuzeigen, neue politische Denkmodelle zu entwickeln und so neues Problembewusstsein zu schaffen. Das heisst aber nichts anderes, als dass wir Sozialdemokraten uns zu einer Arbeitsteilung bekennen müssen. Man könnte auch von einer Doppelstrategie sprechen: ein Gedanke, den ich in einem Votum anlässlich der letzten Generalversammlung der SPZ zu entwickeln versuchte, ohne jedoch bei der «jungen Linken» auf Gegenliebe zu stossen. Dieser Linken sei einmal gesagt, dass neue Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens nicht in einem Zuge geboren und verwirklicht werden können. Neue politische Strukturen sind das Ergebnis eines schrittweisen widersprüchlichen Prozesses. Was zunächst das Programm einer Minderheit ist und vorerst als Utopie verketzert wird, kann morgen schon Realität sein und übermorgen eine Selbstverständlichkeit darstellen; aber nicht jede Utopie ist zukunftsträchtig. Viele Aussenseiterideen erweisen sich früher oder später als steril. Forderungen und Utopien progressiver Kreise – wie sie glücklicherweise auch in der SP wirken – müssen daher vorerst einmal ihre Feuerprobe bestehen. Das Spiessrutenlaufen durch die Geschichte bleibt auch ihnen nicht erspart. Jeder historische Fortschritt musste sich diesen Weg bahnen. Dies spricht gegen die revolutionäre Ungeduld einer neuen oder jungen Linken. Norbert *Leser,* Professor für Politologie an der Universi-

tät Salzburg – einer der klügsten Köpfe der österreichischen Sozialdemokratie –, hat einmal mit Recht darauf hingewiesen, dass keine Minderheit von Menschen das Recht habe, «die grosse Masse der Bevölkerung in eine Blitztour der Geschichte hineinzujagen und im Namen des Sozialismus all das zu tun, was man dem Kapitalismus zur Last gelegt hat[2].

Bei einer solchen Arbeitsteilung und Doppelstrategie verbleibt der Sozialdemokratie für Grundsatztreue gleichviel Platz wie für praktische Reformarbeit zum Wohl der gegenwärtigen Gesellschaft.

[2] Norbert Leser: Sozialismus jenseits des Marxismus. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung.

Die Hauptverantwortung für das evolutionäre Funktionieren der Demokratie liegt bei den Intellektuellen, bei den Theoretikern und Kritikern. Wenn sie in die Utopie und den Radikalismus auswandern, entziehen sie der Demokratie den evolutionären Impuls, entleeren sie sie von allem Fortschrittswillen und sind damit selbst für den Immobilismus verantwortlich, den sie beklagen.

Gerhard Szczesny in «Das sogenannte Gute»